

Tugendbesoffenheit, ein Rausch ohne Kater

Das heuchlerische Besserwissen hat Dimensionen angenommen, die bisher unvorstellbar waren. Wie viel an moralinsaurer Ausstößen verträgt das soziale Klima noch?

Ingrid Thurner

Ein bis vor kurzem wenig geläufiger Begriff ist vermehrt in den deutschsprachigen Medien aufzuschnappen: die Tugendbesoffenheit. Genaugenommen ist sie bloß alter Wein in neuem Schlauch, eine originelle Bezeichnung halt für ein banales Phänomen, das überbordende Moralisieren.

In den Zeiten vor Internet war das scheinheilige Ausrichten von Abwesenden auf Basena und Stammtisch beschränkt und erreichte nur einen kleinen Kreis. Heute genügt ein winziger Verstoß, schon findet sich jemand, der seine Empörung in die Welt hinaustrumpet. Es ist noch nicht so lange her, da galt Freiheit der Rede, Freiheit des Tuns innerhalb der geltenden Gesetze. Wer sich daran hielt, konnte relativ sicher sein, nicht öffentlich angepöbelt zu werden; es herrschte eine Art Vertrauensgrundsatz – und manche Provokation war ja auch beabsichtigt.

Die Tugendbesoffenheit ist ein Rausch ohne Kater. Denn die Tugendbesoffenen (früher: Moralapostel) wähnen sich im Besitz einer absoluten und allgütigen Wahrheit. Auf diese kann man sich immer berufen und fühlt sich daher berechtigt, das moralinhaltige Gift durch die zur Verfügung stehenden Kanäle zu spülen.

Die Ursachen?

Über die Ursachen kann man trefflich spekulieren, ein Teil mag Corona geschuldet sein, der Isolation aufgrund von Lockdown, Quarantäne oder Homeoffice: enger Wohnraum, quengelnde Kinder, zu wenig Auslauf, zu wenig Bewegung, zu wenig frische Luft, zu wenig Abwechslung, dafür Langeweile, Erlebnisarmut, Aggression und Frustration; dazu mögen sich Neid gesellen oder Missgunst. Angehäufte negative Gefühle brechen sich irgendwo Bahn, das weiß man seit Freud.

Es sind gewisse Aufregertemen, die selbsternannte Moralwächter besonders beflügeln: Klima, Corona, alles mit Gender (Sexismus, #MeToo, LGBTQIA+), Rassismus, Antisemitismus, Tierschutz, Homöopathie. Wehe Personen, die in der Öffentlichkeit stehen! Sie können sich nicht den kleinsten Regelverstoß erlauben. Sei der Lapsus noch so unabsichtlich passiert – ohne Shitstorm kommt niemand davon.

Mit Covid wurde deutlich noch an Radikalität gewonnen. Man staunt, welche seiner Freunde oder Kolleginnen sich plötzlich als Blockwarte entpuppen. Wehe dem, der die Maske nicht vorschriftsmäßig vorgebunden hat, schon findet sich irgendwo ein Posting mit Hunderten von Kommentaren. Die Selbstgerechtigkeit selbsternannter Tugendwächter – von keinem Selbstzweifel geplagt – ist manchmal schon bewundernswert. Man muss sich nur irgendeiner Gruppe zugehörig



Illustration: Fatih Aydogdu

fühlen, egal ob Impfverweigerer oder Impfpflichtbefürworter – in all ihren politischen Schattierungen –, schon ist der mit allen rhetorischen Mitteln zu bekämpfende Feind ausgemacht.

Es funktioniert auch mit anderen Themen ganz gut. Ein grüner Politiker, der einen Burger isst, ein Sportler, der eine Vorschrift missachtet, eine Schauspielerin, die ein Privileg in Anspruch nimmt, eine Sozialistin, die sich zu gut kleidet – lauter vermeintliche oder tatsächliche Widersprüche, aber jedenfalls verdienen sie einen ordentlichen Rüffel. Was kürzlich noch eine lässliche Sünde war, eine liebenswerte menschliche Schwäche, ein Kavaliersdelikt, wird – medial aufgebauscht – zum Kapitalverbrechen.

„Unterprivilegierte brauchen nicht Mitgefühl und schöne Worte, sondern Bildung, Arbeitsplätze und ordentliche Entlohnung.“

Der US-amerikanische Linguist John McWorther hat sich des Phänomens in *Die Erwählten. Wie der neue Antirassismus die Gesellschaft spaltet* (Hoffmann und Campe, 2021) angenommen. Die ganze Political Correctness oder Wokeness oder wie der moralische Imperativ modisch gerade heißen mag, verdeckt seit jeher den zugrunde liegenden Missstand.

Schöne Worte reichen nicht

Unterprivilegierte brauchen nicht Mitgefühl und schöne Worte, sondern Bildung, Arbeitsplätze und ordentliche Entlohnung. Viren bekämpft man nicht mit Denunziation, allenfalls mit Solidarität. Für das Klima ist es unerheblich, ob ein Promi ein Plastiksackerl vor Zeugen wegwirft, zur Rettung des Planeten werden Einzelaktionen nicht führen.

Konzertierter politischer Aktivismus, der Machthabende zum Handeln zwingt – egal, welches gesellschaftliche Problem gerade ansteht – wird Ergebnisse erzielen, aber nicht die moralische Gülle, die scheinheilig über individuelle Sünder ergossen wird.

INGRID THURNER ist Kultur- und Sozialanthropologin sowie Publizistin im Bereich Wissenschaftskommunikation. Zuletzt erschien: „Anderssein und Andersmachen. Über Diversitäten, Diskriminierungen und Dummheiten“.

HANS RAUSCHER

Die Verlotterung im Staat



Eingeständnis: Als vor zwei Jahren die Meldung kam, die WKStA hätte bei einer Dienstbesprechung im Jahr 2019 zum Thema Eurofighter-Ermittlungen mit dem damaligen „starken Mann“ im Justizministerium, Christian Pilnacek, eine verdeckte Tonaufnahme gemacht, dachte ich, das sei nun wirklich über der Grenze. Es war dabei zwar der berühmte Pilnacek-Auftrag „Daschlogts es“ (einen Eurofighter-Ermittlungsstrang) an die Öffentlichkeit gekommen, aber die geheime Aufnahme erschien mir damals sehr bedenklich.

Heute weiß ich – weiß die Öffentlichkeit –, dass es sich um reine Notwehr der WKStA gehan-

delt hat, die unter schwerstem Druck von Pilnacek und anderen Kräften in der Justiz – und der Polizei – stand, um eine Aufklärung der politischen Skandale aus dem türkisch-schwarz-blauen Dunstkreis zu verhindern.

Heute ist klar, dass es nun darum geht, eine tiefgreifende Verlotterung, eine politische Durchsuchung der immens wichtigen Bereiche Justiz und Sicherheitskräfte zu bekämpfen.

Was aus den Chats von Pilnacek, dem Oberstaatsanwalt Johann Fuchs, Ex-Justizminister Wolfgang Brandstetter, aber auch aus den Aussagen von WKStA-Staatsanwälten vor dem Ibiza-Untersuchungsausschuss dutzendfach bekannt wurde und weiter bekannt wird, sieht (Unschuldsumutung) verdammt nach einer Behinde-

rung der Justiz durch hohes Justizpersonal aus. Allein der Sager von Pilnacek, es handle sich um einen „Putsch“ gegen den damaligen Kanzler Sebastian Kurz, zeigt, wie sehr ein an sich brillanter Jurist und tatkräftiger Justizfunktionär auf die Seite der Macht und ihres Missbrauchs gerutscht sein dürfte.

Der zweite Strang dieser großangelegten Vertuschungsaktion spielt in die Polizei hinein. Dort wurden Polizeibeamte mit ebenfalls in Chats dokumentierten Sympathien für Politiker wie Heinz-Christian Strache in Ermittlungen gegen genau diese eingesetzt. Und nach laxer Arbeit befördert. Der Vorgesetzte eines dieser Beamten teilte anschließend der österreichischen Öffentlichkeit indirekt mit, dass er sie für blöd hält, in dem er keine Be-

fangenheit erkennen wollte. Und schließlich kommen seit Wochen systematische politische Begünstigungsaktionen im Innenministerium ans Licht, mit dem Seitenstrang, dass frühere Mitarbeiter des Verfassungsschutzes sich offenbar schwer in ein kriminelles Beziehungsgeflecht mit Spuren zu russischen Geheimdiensten verwickelt haben.

Das ist nur eine äußerst knappe Zusammenfassung des verrotten Zustands, in dem sich Teile von Justiz und Polizei befinden. Wie immer bei solchen österreichischen Zuständen darf der Hinweis nicht fehlen, dass es früher, unter nichttürkischen und nicht-schwarzen Ministern, Ähnliches gab. Die Aufklärung des Falls Udo Proksch wurde unter einem sozialdemokratischen Innenminister und einem FPÖ-Justizminister

objektiv behindert; in der Briefbombenaffäre um Franz Fuchs gab es Widerstand, in die rechts-extreme Richtung zu ermitteln.

Aber erstens leben wir im Hier und Heute; zweitens hat die Verlotterung wieder einmal pandemische Ausmaße erreicht. Erneut sei hier auf das Anti-Korruptions-Volksbegehren hingewiesen, dessen Proponenten eine ganze Reihe von Reformmaßnahmen vorschlagen. Weiters beginnt in wenigen Wochen ein neuer U-Ausschuss, wo es ganz massiv um die türkische Verlotterung gehen wird.

Demokratie und Rechtsstaat müssen immer wieder aufs Neue von Verlotterungsercheinungen befreit werden. Kritische Medien, der intakte Teil der Justiz und eine Politik, die sich besinnt, können dazu beitragen. hans.rauscher@derStandard.at